

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telefon 72206

Anzeigenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 Spalte, Kolonellzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachlaß. Reklamespalte 2 Nr. Inletate v. ausw., die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklamespalte 2.5 Nr.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen.

Zehn Stimmen Mehrheit für Dr. Luther.

Das Gesamtergebnis: 160 Stimmen mit ja, 150 Stimmen mit nein, 131 Enthaltungen.

Der Sieg des Kabinetts.

Habemus papam. Wir haben einen Papst. Nach langwierigen Beratungen hat das politische Konklave des deutschen Volkes, der Reichstag, entschieden. 10 Stimmen Mehrheit für Dr. Luther. Ein Pyrrussieg, was freilich nicht bedeuten soll, daß das zweite Kabinett Dr. Luther binnen kurzem sein Ende finden müßte.

Die 160 Stimmen, die sich für das neue Kabinett entschieden, sind mit einer Ausnahme aus dem Lager der Regierungsparteien gekommen. Neben der Sozialdemokratischen Partei hatte gestern auch die Wirtschaftliche Vereinigung, die über 22 Sitze verfügt, beschloßen, Stimmenthaltung zu üben, so daß die 130 Enthaltungen restlos aus dem Lager dieser beiden Parteien gestammt haben. Aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion fehlten 18 Abgeordnete, die durch Krankheit oder durch dringende berufliche Pflichten abgehalten waren. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung haben zwei Abgeordnete gefehlt. Im Gegensatz zu den bisherigen Berechnungen haben die Reimparteien nur 150 Stimmen aufgebracht. Von den eigentlichen Oppositionsparteien haben 18 Abgeordnete gefehlt: 7 Deutschnationale, 6 Deutschvölkische und 5 Kommunisten.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte, wie schon kurz mitgeteilt, beschloßen, sich der Stimme zu enthalten. Dielem Beschluß ist eine mehr als zweifelhafte sachliche Debatte vorausgegangen. Und wenn wir gestern glaubten, daß sich die Fraktion, infolge der Vorgänge am Mittwoch, für die Annahme des Vertrauensvotums entscheiden würde, so bröckelte diese Auffassung während der Beratungen in der Fraktion immer sichtbar ab. Insofern ist die gestrige Entscheidung der Fraktion ein erneuter Beweis für die Linksorientierung innerhalb der Partei.

Die Stimmenthaltung der Sozialdemokraten hat auf das Endergebnis der Abstimmung keinen entscheidenden Einfluß auszuüben vermocht. Wir hätten gewünscht, daß sich die Fraktion offen und ehrlich gegen das Kabinett entschieden hätte. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Haltung Herrn Dr. Luther und seinen Getreuen das politische Leben erweicht und vielleicht dürfen die nächsten Monate zeigen, daß damit Gefahren entstehen, die dann nicht ohne weiteres abgewendet werden können. Trotzdem registrieren wir mit einiger Befriedigung, daß sich die Fraktion gegen die positive Unterstützung entschieden hat und insofern ist der gestrige Beschluß immerhin ein Zeichen der Zeit, ein Ergebnis der Aktivität innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, die sich gerade am Vorabend erfrischt geltend machte. Dabei soll freilich nicht verschwiegen werden, daß die Mehrheit in der Fraktion — wenige Stunden nach der Entscheidung waren wiederum die bürgerlichen Linksblätter imstande, das genaue Abstimmungsergebnis mitzuteilen — durch die Unterstützung der Koalitionsfreunde zustande kam. Das Ergebnis war 87 gegen 38.

Im Laufe des gestrigen Tages stellte sich heraus, daß das Vertrauensvotum der Regierungsparteien eingebracht worden ist, ohne daß die Sozialdemokratische Fraktion auch nur informiert worden war. Daraus ergibt sich von selbst, daß der Druck Dr. Luthers, den er mit seiner zweiten Rede und mit dem Vertrauensvotum auszuüben gedachte, im wesentlichen nach der rechten Seite gerichtet war, und daß sich damit das Gesamturteil der Sozialdemokraten über das Wesen dieser Regierung erneut bestätigt. Dabei soll nicht bestritten werden, daß sich auch bei den Deutschnationalen immerhin nicht unerhebliche Strömungen gegen das Vertrauensvotum geltend machten, die aber zur Zeit nicht stark genug waren, um sich durchsetzen zu können.

Auch die Drohung mit der Auflösung des Reichstages hat keine Aenderung in der Verteilung der Kräfte herbeizuführen vermocht. Vor Beginn der gestrigen Reichstagsitzung tagte ein Ministerrat, in dem der Reichskanzler den Auftrag erhielt, vom Reichspräsidenten die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages zu erbitten. Dies für den Fall, daß das Vertrauensvotum der Koalitionsparteien abgelehnt werden sollte. Als dann, nach einer Darstellung der Völkischen Zeitung, Dr. Luther in der dritten Nachmittagsstunde im Reichstage erschien, ist er bereits im Besitze des Auflösungsdekrets gewesen. Er ward nicht gezwungen, die historische rote Mappe, die freilich niemand beobachtet hat, öffnen zu müssen, da er die erstrebten 10 Stimmen Mehrheit erhielt.

Auf die Dauer ist damit freilich nichts anzufangen, da sich nicht immer eine der großen Parteien den gestrigen Zugestanden kann. Trotzdem glauben wir, daß sich Dr. Luther heute noch halten wird. Wenn das Sprichwort, daß totgesagte Leute sehr alt werden können, nur einige Berechtigung hat, dann dürfte das auf das neue Kabinett Dr. Luthers Anwendung finden. Dr. Luther, man braucht ihn nur bei seinen politischen Handlungen eingehend zu beobachten, ist der ausgesprochene Typ des kapitalistischen Großbürgerintus, der es in trefflicher Weise versteht, sich durchzusetzen. Das deutsche Kapital dürfte

kaum imstande sein, einen so geschickten Führer ihrer Geschäfte an die Spitze der Regierung zu bringen. Wenn selbst das gegenwärtige Kabinett einen immerhin beträchtlichen demokratischen Einschlag hat, der „Reichsbannermann“ Marx wird ihm besonders schwer angekreidet, dann ist doch nicht zu verkennen, daß Dr. Kütz über einige Fähigkeiten verfügt, mit denen Dr. Gehler im Uebermaße ausgestattet ist und Peter Reinhold hat in Sachsen immer erneut gezeigt, daß es keinen gewandteren Vertreter der Kapitalsinteressen geben kann, als diesen Demokraten.

Aus diesen Gründen dürfte es immerhin zweckmäßig sein, dem neuen Kabinett eine längere Lebensfrist zu konzedieren, trotz der zehn Stimmen Mehrheit, die es gestern auf sich vereinigte, und obwohl es bei weitem keine Mehrheit des Reichstages hinter sich hat. Gewiß erscheint der Gegensatz zwischen Dr. Stresemann, mit dem sich der Reichskanzler in jeder Hinsicht solidarisiert, und den Deutschnationalen zunächst unüberbrückbar. Zuletzt aber werden die außenpolitischen Entscheidungen mit dem Eintritt in den Völkerbund und den Hintergedank und gedrängt. Dann bleibt die Zwangsläufigkeit des Wapensplans, dessen Durchführbarkeit auch von den Gegnern durchaus nicht ungeschmälert anerkannt wird. Wenn dann dieses Kabinett zu gegebener Zeit durch ein oder zwei Vertreter ausgesprochen großagrarischer Interessen ergänzt werden würde, dann hätten wir das bürgerliche Konzentrationskabinett des Großbürgerblocks, das, wie schon öfter dargelegt, auf dem Wege der Entwicklung liegt.

Ist aber erst dieser Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien, der sich zur Zeit durch die Locarnopolitik ergibt, ausgeglichen, dann dürfte das zweite Kabinett Dr. Luther in sich so gefestigt sein, daß zunächst jeder Ansturm der Arbeiterparteien wirkungslos bleiben wird. Darum wird die Geschichte zu entscheiden haben, ob die sozialdemokratische Fraktion richtig handelte, indem sie dem Kabinett des sich konsolidierenden Bürgerblocks diese so viel gerühmte „Chance“ gab. Dabei ist freilich zu erwägen, und das spricht gegen die Angriffe der Kommunistischen Partei, ob es jetzt bereits gelungen wäre, eine derartige Stärkung der proletarischen Kräfte herbeizuführen, daß eine wesentliche Veränderung in der Verteilung der Kräfte herbeigeführt werden konnte. Zur Beurteilung dieser Frage dürfte der in Aussicht stehende Volksentscheid immerhin nicht ganz unwichtig sein. Wie sich aber die Entwicklung gestalten wird, auch Neuwahlen des Reichstages hätten das Kommen des Großbürgerblocks kaum aufzuhalten vermocht. Im Gegenteil, dann wäre ein Kabinett der Weimarer Koalition unmittelbar in den Bereich der Möglichkeit getreten und gerade dadurch wäre der Entwicklungsprozeß in der Konzentration der Klassenkräfte, wenigstens für einige Zeit, unterbrochen worden.

Die Geschichte wird das Urteil fällen, wie auch die Kommunisten über die gestrige Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreien mögen. Und die Erklärung, die Walter Stöcker am Schlusse der politischen Debatte verlas, läßt immerhin mancherlei erwarten.

Abrechnung mit den Deutschnationalen.

Rüpeleien der Völkischen.

Berlin, 28. Januar.

Mit einer Mehrheit von sage und schreibe zehn Stimmen ist dem Ministerium Luthers in der siebenten Abendstunde „das Vertrauen des Reichstages“ ausgesprochen worden, so daß es nun vollgültig ins Leben treten kann. Allerdings ist es mit seltenem Druckmitteln lebensfähig gemacht worden. Hatte Luther gestern einen scharfen Druck auszuüben geglaubt, indem er in einer mehr mit Leidenschaft als mit Gründen gestützten Rede ein positives Vertrauen ausgesprochen verlangte, so mußten heute dienstwillige Blätter verkünden, er habe schon die Auflösungsorder in der Tasche, der unbotmäßige Reichstag werde auf der Stelle nach Hause geschickt, falls sich keine Mehrheit für das Kabinett fände. So wurde der Ausgang des heutigen Ringens mit Spannung erwartet. Als freilich bekannt wurde, die sozialdemokratische Fraktion werde weder für noch gegen einen Vertrauensantrag stimmen, sondern Enthaltung üben, da schien sich die Aussicht für die Regierung gebessert zu haben, zumal da von den Regierungsparteien auch mit der Wirtschaftsfraktion wegen Zustimmung verhandelt worden war und kein ablehnender Entscheid erfolgte; allein sicher war die Mehrheit nicht, es konnte sich nur um wenige Stimmen handeln, die nach der einen oder der andern Seite den Ausschlag gaben.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß für die weitere Debatte kein besonders großes Interesse vorhanden war. Aber es kam auch hier anders, die Sitzung verlief namentlich gegen Schluß außerordentlich interessant, als Genosse Breitscheid im Auftrage unserer Fraktion eine Erklärung für die veränderte Haltung abgab und dabei in einer vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede die Deutschnationalen mit ihrer unehrlichen Politik und Kampfesweise gehörig annagelte. Unser Redner wies auf den Unterschied zwischen der Rede des Herrn Lindeiner-Wilbau und auf die gestrige Rede des Grafen Westarp hin und zeigte im Gegensatz dazu, wie sich die Partei in der Regierung verhalten hat. Wenn der deutschnationale Redner heute mehrmals und mit Nachdruck eine andre Wirtschaftspolitik verlangt und die Regierung für den augenblicklich schlechten Stand verantwortlich gemacht habe, so treffe dieser Vorwurf nur seine Partei selbst, denn sie habe die für die Wirtschaft allein entscheidenden Ministerien drei Vierteljahr lang in der Hand gehabt. Dasselbe Spiel sei es mit Locarno, nur daß die Partei hier noch jämmerlicher abgeschnitten habe. Beide deutschnationale Redner hatten die Siern, Stresemann und Luther zum Zeugen dafür anzurufen, daß sich die deutschnationale Partei und ihre Vertreter in der Regierung rechtzeitig gegen die Locarnopolitik gewandt hätten. Stresemann wies dann aber sogleich nach, daß dies un wahr ist und die Westarpleute mußten die Abjur ohne weiteres stillschweigend hinnehmen. Sehr wirkungsvoll war die Kennzeichnung, die Breitscheid an dem agitatorischen Geschwätz von der Krise des Parlamentarismus vornahm,

das die Deutschnationalen fortwährend machen, um dem Volke den Glauben beizubringen, es müsse zum wilhelminischen System zurückgekehrt werden. Ein paar Striche genügte, das alte System als das hinzustellen, was es in Wirklichkeit war: auch viel Fäulnis und bunter Kram und innen Gewaltpolitik, Raub und Geistesarmut. Dieses System wieder herzustellen, ist darum auch unmöglich, die Deutschnationalen sollten dies endlich einsehen. Nicht nur aus den Reihen der Parteigenossen erhielt Breitscheid bei seiner glänzend geführten Kampfesart fortwährend lebhafteste Zustimmung, sondern auch von den Mittelparteien. Den gewichtigsten Gründen, die er für die Völkischerbundpolitik und für den Fortschritt anführte, vermochten sich selbst die Deutschnationalen nicht zu entziehen, denn sie hörten ihm bei diesen Stellen aufmerksam zu und lärmten nicht, wie sie es sonst tun.

Mit dem Verlauf der Debatte kann unsere Partei sehr zufrieden sein, ihre positive Kritik sowohl an der jetzigen Regierung und ihrem sehr mangelhaften Programm wie der deutschnationalen stumpfsinnigen Gewaltpolitik stand im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Auch das fühlte man im Hause, daß der Standpunkt unserer Partei zur Vertrauensfrage der politischobjektive richtige ist; denn als Breitscheid die Erklärung verlas, herrschte größte Aufmerksamkeit; nur die Kommunisten glaubten uns als Lutherfreunde anpöbeln zu müssen, obwohl sie doch an den beiden Tagen wiederum die bittere Erfahrung machen mußten, daß ihre schärfsten Reden ohne jede Beachtung blieben.

Zu den Erklärungen kam es noch darüber, ob über den deutschnationalen Antrag wegen des Eintritts in den Völkerbund dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen, oder heute abgestimmt werden solle. Mit großer Mehrheit wurde beschloßen, ihn dem Ausschuss zu überweisen, nachdem sich Graf Westarp alle Mühe gegeben hatte, ihn heute zur Abstimmung zu bringen.

Zu einer sehr dramatischen Szene kam es, als der Völkische Hennig, auch ein Begleiter von republikanischer Pension, seine drohende Rede mit der Anrueplei an die Regierung Luthers schloß, sie sei der Henker am deutschen Volke. Nicht in der Höhe des Gesichts, sondern mit kaltschnäuziger Ueberlegung schleuderte er diesen ungeheuerlichen Vorwurf Luther persönlich ins Gesicht. Dieser sprang auf, ging in größter Erregung auf Hennig zu, als wollte er ihn packen und schnaubte ihn an: Ich verbitte mir das! Das ist ungeheuerlich, unerhört! Diese Szene rief im Hause große Erregung hervor, so daß sich Vizepräsident Bell kaum Gehör verschaffen konnte. Als Hennig nun noch ausdrücklich bei seiner Schmähung blieb, schloß ihn Bell wegen großer Störung der Ordnung des Hauses von der Sitzung aus und forderte ihn auf, sofort den Saal zu verlassen. Jägernd, unter den lebhaftesten Zurufen des Hauses, verließ er den Saal. Als es sich später bei der Abstimmung darum handelte, Hennig zu amnestieren, um ihn an der Abstimmung teilnehmen zu lassen, benutzte Graese die Gelegenheit, die Gemeinheiten seines Komplizen in anderer Form zu wiederholen und zu verteidigen, erreichte aber nur, daß es mit der Amnestie